

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 6

Artikel: China nach der Genfer Konferenz
Autor: Dirksen, Herbert v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160324>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHINA NACH DER GENFER KONFERENZ

VON HERBERT v. DIRKSEN

I.

Wer einen Überblick über die Veränderungen gewinnen will, welche die Genfer Konferenz für China zur Folge gehabt hat, wird gut tun, die weltpolitischen Ergebnisse in Beziehung zur innerpolitischen Lage des Reiches der Mitte zu setzen. Erst durch diese Gesamtschau wird sich eine zutreffende Einschätzung der in Genf von Tschou En-lai befolgten Taktik gewinnen lassen.

Ein Erfolg des chinesischen Ministerpräsidenten ist von der gesamten Weltöffentlichkeit anerkannt worden: die Versuche, China an die Wand zu drücken und ihm die Rolle des Einlaß heischenden Außenseiters aufzunötigen, sind von vornherein gescheitert. Tschou hat es verstanden, seinem Land die Rolle einer gleichberechtigten Großmacht zu sichern und sich selbst als die Hauptfigur der Konferenz herauszustellen. Ohne im Schlepptau des sowjetischen Verbündeten zu segeln, hat er im Zusammenwirken mit Molotow für Indochina eine Lösung herausgearbeitet, die den kommunistischen Mächten die Herrschaft über zunächst die Nordhälfte des Landes sichert, ohne die Niederlage Frankreichs mit dem Stachel der Demütigung zu vergiften. Im Gegenteil hat er die staatsmännische Einsicht gehabt, die Viet Minh von überspannten Forderungen in bezug auf Kambodscha und Laos zurückzuhalten. Die entscheidende Besprechung mit Ministerpräsident Mendès-France hat er allein geführt.

Die Geschlossenheit der kommunistischen Front gegenüber der Auflockerung der Westmächte ist sprichwörtlich. Sie hat sich während der Konferenz in Genf besonders bewährt. Über die Konflikte der kommunistischen Großmächte sind keine Nachrichten an die Außenwelt gedrungen, während sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine der schwersten Krisen des Bündnisses der drei Westmächte mit einer verwirrenden Fülle von einzelnen Etappen abspielte. Das Bedrohliche an diesem Konflikt war, daß er sich nicht nur auf die indochinesische Frage bezog, sondern darüber hinaus auch auf die künftige Einstellung gegenüber China, ja sogar auch auf die Grundprinzipien der gegenüber den kommunistischen Mächten einzuschlagenden Politik.

Daß indessen auch im Verhältnis Chinas zur Sowjetunion Reibungsflächen vorhanden sind, geht schon aus den auf der Konferenz zutage getretenen Tatbeständen hervor, ohne daß sie durch Infor-

mationen zweifelhaften Wertes bestätigt zu werden brauchten. Das für Tschou En-lais Taktik bezeichnende Merkmal war sein Bestreben, als Vertreter einer selbständigen Großmacht aufzutreten und gewertet zu werden; sowie ferner seine Absicht, Genf zu benutzen, um Chinas Stimme auch über das Programm der Konferenz hinaus zu Gehör zu bringen. In seiner ersten Rede nahm er auch Stellung zur Aufrüstung von Japan; er bekämpfte die Wiederbewaffnung Westdeutschlands; er äußerte sich zur Abrüstung und befürwortete den Beitritt der Sowjetunion zum Atlantikpakt. Vor allem aber bekundete er durch seine Besuche in Neu-Delhi, in Rangoon und bei Ho Chi-Minh seinen Willen, eine selbständige Asienpolitik zu treiben; selbständig auch gegenüber den sowjetischen Verbündeten. Besonders auffällig war in dieser Beziehung sein Besuch in Ulan Bator, der Hauptstadt der Äußeren Mongolei, eines besonders eng an den Sowjetblock geketteten Satellitenstaates. Die Kenntnis der russischen Ziele und politischen Methoden in Ostasien lassen die Schlußfolgerung als begründet erscheinen, daß diese Bekundungen der Selbständigkeit dem Kreml höchst bedenklich sind — ganz besonders dann, wenn Tschou En-lai das Leitmotiv: «Asien den Asiaten!» aufklingen ließ, einer Asienpolitik also unter Ausschluß der Sowjetunion.

Es spricht für die staatsmännische Kunst des chinesischen Ministerpräsidenten, daß er die panasiatische Note gerade bei den Veranstaltungen nicht anschlug, wo sie am nachdrücklichsten gewirkt hätte. Der Besuch Tschou En-lais in Neu-Delhi erschien als die Bekundung herzlichster Freundschaft der beiden größten Reiche Asiens. Aber schon die Rede Nehrus hob mit unmißverständlicher Deutlichkeit die verschiedenen Methoden hervor, vermittels derer die beiden Reiche sich ihre Unabhängigkeit erkämpft hätten. Mahatma Gandhi habe die Inder durch friedliche Methoden auf hartem, steinigem Wege zur Freiheit geführt. Chinas Geschick sei anders geformt gewesen. Auch der indisch-chinesische Vertrag über Tibet, die Quelle mancher Sorgen für Indien, wurde von Nehru mit Nachdruck erwähnt. Tschou En-lai konnte sich in seiner Antwortrede die polemische Note nicht versagen, auf die Bedrohung des Friedens in Asien durch außerasiatische Mächte hinzuweisen.

Die Meldungen aus Neu-Delhi und Rangoon scheinen daher zuzutreffen, daß der Wunsch des chinesischen Ministerpräsidenten, mit seinen Gastgebern, Nehru in Neu-Delhi und Ministerpräsident U NU in Burma, einen asiatischen Nichtangriffspakt abzuschließen und in einer weiteren Entschließung den südostasiatischen Pakt zu verurteilen, abgelehnt worden ist. Die Zurückhaltung der indischen Politiker ist doppelt wahrscheinlich, wenn man sich der scharfen Kritik erinnert, die von zwei so hervorragenden Indern, wie Moraes

und Hutheesing, nach ihren Besuchen in China über die Errungenschaften der Revolution im Reich der Mitte ausgesprochen worden ist¹⁾).

Daß Tschou En-lai andererseits weitreichende Pläne hegt, um eine panasiatische Gruppierung herbeizuführen, hat er wiederholt zu erkennen gegeben; am deutlichsten wohl gegenüber dem Generalsekretär der englischen Labourpartei Morgan Philips. Ihm scheint vorzuschweben, daß zunächst gebietsweise kollektive Abreden asiatischer Mächtegruppen geschlossen werden, die sich allmählich erweitern. Tschou hat es vermieden, seine Pläne genau zu formulieren; nur der panasiatische Gedanke ist das Leitmotiv, das sie alle kennzeichnet.

Bei den Besuchen des chinesischen Ministerpräsidenten in Neu-Delhi und Rangoon scheint ein weiteres Problem von erheblicher Bedeutung angeschnitten worden zu sein: das der Auslands-Chinesen. In Südostasien leben bekanntlich 10—11 Millionen Auslands-Chinesen, die im Wirtschaftsleben der betreffenden Länder eine große Rolle spielen. Hegten diese Staaten, insbesondere Burma, Siam, Indonesien, Malaya immer schon Befürchtungen, daß dieser Fremdkörper übermächtig werden könne, so plagte sie seit der kommunistischen Machtergreifung in China die Angst, daß diese Chinesen nun als 5. Kolonne den Umsturz im Lande vorbereiten könnten. Nun haben, nach einer Meldung der «New York Herald Tribune», Nehru und U NU von Tschou En-lai die Zusage erhalten, daß Peking keine Forderungen irgendwelcher Art an diese Auslands-Chinesen stellen würde. Ob diese Zusage eingehalten wird oder nicht, wird vielleicht einmal Schlüsse auf den Ausdehnungsdrang Pekings zulassen. Bisher nahm die rotchinesische Regierung in dieser Frage eine sehr entschiedene Stellung ein. Als auslandschinesische Studenten aus Indonesien mit Pässen dieses Landes nach China kamen, wurden sie ihnen von den chinesischen Behörden abgenommen und durch chinesische ersetzt. Alle Proteste des indonesischen Gesandten wurden zurückgewiesen.

Die Frage nach dem Umfang des chinesischen Ausdehnungsdranges steht bedrückend hinter dem in Genf vereinbarten Waffenstillstand an der indochinesischen Front. In den vergangenen Jahrhunderten hat China immer nur am Norden von Indochina Interesse gezeigt, um seinen südchinesischen Gebieten über den Hafen Haiphong Zugang zum Meer zu sichern. Selbstverständlich wird Peking hinter den Bestrebungen der Viet Minh stehen, ihre Hand auf ganz Indochina zu legen. Und darüber hinaus? Die intensive kommu-

¹⁾ Raja Hutheesing, «Window on China». London 1953 bei Derek Verschoyle; Frank Moraes, «Report on Mao's China». New York 1953 bei Macmillan.

nistische Wühlarbeit Chinas in Indien und Indonesien läßt darauf schließen, daß auch hier, wie für den Sowjetblock in anderen Gebieten, die Kontrolle des gesamten Erdteils das Ziel des chinesischen Kommunismus ist. Dieser Weltgefahr wird nur begegnet werden können, wenn englische Einfühlung in das Denken asiatischer Völker sich mit der Energie amerikanischer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Förderung der bedrohten Länder verbindet.

II.

Daß Tschou En-lais Wunsch nach einer Beendigung des indo-chinesischen Krieges nicht lediglich auf seine staatsmännische Einsicht zurückzuführen war, sondern ebenso sehr auf Erwägungen innenpolitischer Art beruhte, beweist ein Überblick über die Entwicklung in China während der letzten Monate.

Die Durchführung der Industrialisierung ihres Landes ist wohl das dringendste Anliegen der Machthaber in Peking. Der Krieg in Indochina nahm die Kräfte Chinas zwar nicht in demselben Umfang in Anspruch wie Korea, aber er verhinderte sicherlich die Durchführung des Fünfjahresplans in dem beabsichtigten Tempo. Die zu überwindenden Schwierigkeiten fanden schon im Vorjahr ihren Ausdruck in der Notwendigkeit, die Produktionsziele um 50% herabzusetzen.

Im Zusammenhang mit diesen industriellen Plänen aber stehen agrarpolitische Edikte von umstürzender Wirkung, die von der Regierung in Peking im November 1953 erlassen und im Januar 1954 in Kraft gesetzt wurden. Die Periode der einigermaßen rücksichtsvollen Behandlung des chinesischen Bauern ist beendet, und die chinesische Revolution schlägt nun denselben Weg des Zwangs und der Unterdrückung ein wie die russische. Während bisher der Getreidehandel auch für Privatpersonen zugelassen war, und dem Bauern die erwünschte Möglichkeit des Aushandelns zwischen mehreren Reflektanten offen stand, erklärte das Edikt vom November 1953 den Getreidehandel zum Staatsmonopol und monopolisierte darüber hinaus Wolle, Erdöl, Textilien und Tee. Nun steht der Bauer dem allgewaltigen Staat und seinem Preisdruck ohne die Möglichkeit des Ausweichens gegenüber. Er wird weiter benachteiligt durch eine Herabsetzung der Preise, die dem Staat den Verkauf an den Verbraucher zu erhöhten Preisen ermöglichen. Außerdem werden die staatlichen Organe den Bauern zur vollständigen und baldigen Lieferung seines gesamten Vorrats zwingen. Die Festsetzung von zwangsmäßig einzutreibenden Mindestmengen von Getreide wird der nächste Schritt sein. Die Mühlen sind beschlag-

nahmt, die Rationierung in den Städten durchgeführt. Widerspenstige werden in Schauprozessen abgeurteilt. Die Bauern beginnen in die Städte abzuströmen. Kein Wunder, daß Sachkenner, wie O. M. Green im «Observer», den Vergleich mit dem Eisernen Zeitalter Stalins ziehen und die Jetztzeit mit dem Jahr 1928 in Parallele setzen, wo die Zwangskollektivierung in der Sowjetunion begann.

Der für die Regierung in Peking bedrohliche Umstand liegt darin begründet, daß die Verschärfung des agrarpolitischen Kurses nicht einer Schwenkung der höchsten Partei-Instanzen zuzuschreiben ist, sondern unausweichbaren Gesetzen des totalitären, kommunistischen Staates. Mao Tse-tung, selbst aus bäuerlichem Geschlecht stammend, kein blinder Fanatiker, kein Knecht Moskaus, wird sich der Gefahren des jetzt eingeschlagenen Weges bewußt sein. Aber er muß ihn trotzdem gehen. Denn als wichtigstes Gesetz ist dem totalitären Staat die Industrialisierung vorgeschrieben, um sich von der feindlichen Umwelt unabhängig zu machen. Die Finanzierung dieses Prozesses wird mangels anderer Geldgeber der Landwirtschaft aufgebürdet. Sie liefert das Getreide weit unter den Gestehungskosten und ermöglicht dem staatlichen Handelsapparat den Verkauf an den städtischen Verbraucher zu weit überhöhten Preisen. Außerdem stellt die Landwirtschaft den Mehrbedarf an Arbeitern, die — freiwillig oder gezwungen — in die Stadt abwandern. Diese doppelseitige Ausbeutung des produzierenden Bauern und des konsumierenden Städters geht solange, bis der staatliche Zwang den widerwilligen Bauern nicht mehr zur ausreichenden Versorgung der numerisch angeschwollenen Stadtbevölkerung zwingen kann und der Konsument einen allmählich unwiderstehlichen Druck auf bessere und billigere Ware ausübt. In diesem Stadium befindet sich die Sowjetunion. Rotchina hat den ersten Schritt in diesen Irrgarten ohne Ausgang getan.

Aber wenn auch Tschou En-lai die weiteren Entwicklungsstufen auf dem Wege zur Industrialisierung nicht sieht oder sehen will, so gibt er sich darüber Rechenschaft, daß die auf agrarpolitischem Gebiet getroffenen Maßnahmen schon jetzt Unruhe und Widerstand unter den Bauern erregen und daß das Vorantreiben der Industrialisierung eine außenpolitisch ruhige Entwicklung voraussetzt. Nicht umsonst hat der Generalsekretär der Partei und Parteitheoretiker Liu Schao-tschu darauf hingewiesen, daß «die neue revolutionäre Phase die Partei besonders verwundbar gemacht habe», und daß Kämpfe mit «unloyalen und nicht gefestigten Elementen» bevorstünden.

Auch in anderer Beziehung sind innere Schwierigkeiten zu überwinden. Der alte Adam ist nicht einmal innerhalb der höchsten Parteikreise so gründlich ausgetrieben worden, wie es bei einem

kommunistischen Staatswesen, das auf sich hält, der Fall sein müßte. China war bis jetzt in vier große Militärgelände eingeteilt worden, an deren Spitze besonders erprobte Führer als Verwaltungschefs und Militärbefehlshaber standen, darunter der auch im Ausland bekannte Kao Kang in der Mandschurei und der populäre Heerführer Lin Piao. Sie alle scheinen aber die chinesische Erbkrankheit entwickelt zu haben, sich immer mehr als souveräne Herren ihres Gebietes mit eigener Armee zu fühlen, so wie früher Jen Hsi-schan und Tschang Tso-lin. Jedenfalls wurden sie alle ihres Postens enthoben, und der Partei-Theoretiker Liu Schao-tschü erklärte unmißverständlich: «Einzelne unserer hochgestellten Männer sehen das Gebiet unter ihrer Verwaltung als ihre individuelle Herrschaft oder als unabhängiges Königtum an.» Nunmehr teilte die Zentral-Regierung die vier Militärgelände in 26 Kreise auf, die Peking unmittelbar unterstellt sind. So hofft man in der Zentrale, die Selbständigkeitsgelüste rechtzeitig unterbunden zu haben.

Daß in einem riesigen Land mit über 500 Millionen Einwohnern nach 40 Jahren der Revolution und Invasion und nach dem in jeder Hinsicht kostspieligen Krieg in Korea unendlich viele wichtige Aufgaben zu lösen sind, selbst wenn man die unvermeidlichen Katastrophen, wie die diesjährigen Überschwemmungen und Mißernten, nicht in Betracht zieht, versteht sich von selbst. Aber schon der Zwang zur Durchführung der revolutionären strukturellen Umstellungen im Innern, wie sie die unaufschiebbare Industrialisierung im Gefolge hat, dürfte dem chinesischen Ministerpräsidenten bei der Konferenz in Genf eine Taktik nahe gelegt haben, die seinem Lande eine Anzahl ruhiger Jahre ohne außenpolitische Erschütterungen sichert.

Die Umwelt aber wird aus der Beobachtung der Vorgänge in China den Schluß ziehen können, daß die von totalitären Staaten angestrebte Steigerung ihres aggressiven Potentials nie in vollem Umfang zur Auswirkung kommt, weil die innere Sinnwidrigkeit des Zwangsregimes gleichzeitig hemmende und zersetzende Wirkungen in den Apparat gelangen läßt. Die Theoretiker eines Präventivkrieges, der immer zugleich ein Verbrechen und eine Dummheit ist, werden also kaum aus der Entwicklung in China Argumente für ihre Theorien herleiten können, zur Rettung der Welt sei ein sofortiges Eingreifen geboten. Wohl aber dürfte der von Churchill gegebene Rat höchster Wachsamkeit zu befolgen sein.